

**Wahlprogramm**  
**zur Abgeordnetenhauswahl 1985**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Berlin

**„Was heisst liberale Politik für Berlin?“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Berlin am 23./24. November 1984)

D1-1938

# WAS HEISST LIBERALE POLITIK FÜR BERLIN ?



**F.D.P.**  
Die Liberalen

Politik mit Köpfchen.  
Für Berlin. Für uns alle.

**Wahlaussage  
der Berliner F.D.P.  
für die Wahlen  
am 10.März 1985**

beschlossen auf dem Landesparteitag  
am 23. und 24. November 1984

Verantwortlich: Freie Demokratische Partei,  
Landesverband Berlin  
Im Dol 2-6, 1000 Berlin 33, Tel. 831 30 71

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort: Berlin hat wieder Zukunft	1
Liberales Grundsätze	4
Deutschland- und Berlinpolitik	6
Bürger und Staat	10
Arbeit und Wirtschaft	17
Stadtentwicklung und Umweltschutz	23
Kultur und Bildung	36
Jugend	42
Verantwortung und Perspektive	50
Sachwortregister	

WAHLAUSSAGE  
DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI  
Landesverband Berlin  
für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den  
Bezirksverordnetenversammlungen am 10. März 1985

Vorwort: Berlin hat wieder Zukunft

Berlin ist wieder eine anziehende Metropole geworden. Dies ist der Erfolg einer Politik, die Liberale mitgestaltet haben.

Als Berlin am Tiefpunkt der öffentlichen Meinung angekommen war, fand die F.D.P.-Fraktion den Mut, eine Minderheitsregierung unter Richard von Weizsäcker zu wählen. Ohne Regierungsbeteiligung setzte die F.D.P. wichtige Akzente in der Stadtpolitik:

- eine maßvolle und friedliche Lösung des Hausbesetzerproblems und damit die innere Befriedung der Stadt,
- die Übernahme eines Wächteramtes zur Verbesserung des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen ausländischen und deutschen Bürgern,
- die Rettung der Heiligenseer Felder und anderer Grünflächen sowie den Verzicht auf die Verwendung von Tausalz,
- die Durchsetzung von Verwaltungsreformen und sparsame Haushaltspolitik,
- den Anstoß zum Beginn der Privatisierung von

gewerblichen Tätigkeiten des Landes Berlin,

- die Rettung des Gropiusbaus als Kulturzentrum,
- die Förderung von Innovation, Risikobereitschaft und Kreativität,
- den Bau des Kammermusiksaals,
- die stärkere Förderung der freien Gruppen und Kulturinitiativen,
- den Abbau von lähmenden Konflikten an den Hochschulen.

Vieles mehr wurde ebenso verwirklicht. Nach zwei Jahren Unterstützung des Minderheitssenats nahm die F.D.P. nach einer schwierigen parteiinternen Diskussion das Angebot Richard von Weizsäckers an, eine CDU/F.D.P.- Koalition zu bilden. Seither trägt die F.D.P. in wichtigen Politikfeldern wie in der Stadtentwicklung und im Umweltschutz sowie in der Rechtspolitik personelle Regierungsverantwortung.

Der Aufwärtstrend Berlins hat sich auch nach dem Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters fortgesetzt, insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung und auf dem Arbeitsmarkt.

Nur durch das Verantwortungsbewußtsein der Freien Demokraten gegenüber Berlin war diese Entwicklung möglich. Deswegen wird es ganz entschieden darauf ankommen, daß die Freien Demokraten ihre klare Politik weiterhin deutlich machen und ihre Verantwortung für die Stadt weiterhin wahr-

nehmen können. Ihre Position für diese Politik beschreibt die F.D.P. in sechs Schwerpunkten:

1. Deutschland- und Berlinpolitik
2. Bürger und Staat
3. Arbeit und Wirtschaft
4. Stadtentwicklung und Umweltschutz
5. Kultur und Bildung
6. Jugend

## Liberaler Grundsätze

Die Liberalen treten für Freiheit des Bürgers, für Toleranz gegenüber Andersdenkenden und für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Menschen ein. Im Konflikt zwischen den Bestrebungen von Staat und Großorganisationen auf Ausweitung ihrer Kompetenzen und dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit tritt der Liberalismus für den Vorrang der Person vor der Institution ein. Die persönliche Freiheit bedeutet zugleich Verantwortung für die Freiheit des anderen.

Die F.D.P. streitet heute und morgen für die Prinzipien einer liberalen Demokratie, in der die politische Macht durch eine Verfassung begrenzt und legitimiert wird, die Menschen- und Bürgerrechte geschützt werden und die Machtausübung durch Gewaltenteilung, Dezentralisierung und Minderheitenrechte beschränkt wird.

Die F.D.P. fördert den Wettbewerb der Ideen und die Konkurrenz am Markt zum Wohle der Verbraucher. Sie tritt für eine Leistungsgesellschaft ein, die die Mittel erwirtschaftet, die zur Unterstützung unverschuldet in Not Geratener notwendig sind. Die Liberalen wollen ein qualitatives Wachstum auf der Grundlage technischen Fortschritts, das den sozialen Frieden und Arbeitsplätze sichert, sowie Natur und Ressourcen schont. Wirtschaftliche Macht bedarf dabei der doppelten Begrenzung durch Markt und Wettbewerb einerseits und maßvolle staatliche Rahmenbedingungen andererseits. Die F.D.P. sucht die geistige Auseinandersetzung und wendet sich gegen absolute Wahrheiten. In einer freien und

offenen Gesellschaft gibt es keinen Absolutheitsanspruch auf Wahrheit und Richtigkeit von irgendwelchen Gruppen oder gar einzelnen Menschen. Angesichts sich stets wandelnder Verhältnisse und Erkenntnisse findet im Respekt vor der anderen Meinung ein ständiger Prozeß der geistigen Auseinandersetzung um den "richtigen Weg" statt. Nur so ist die Förderung von Emanzipation der Geschlechter und Generationen möglich, entsteht Chancengleichheit ohne ideologisch begründete Gleichmacherei.

Die Unwägbarkeiten des technischen Fortschritts und die Zerstörung der Natur haben bei vielen Zukunftsangst und Katastrophenfurcht entstehen lassen. So verständlich diese Gefühle sind, tragen sie nicht zur Lösung der Probleme bei. Daher treten die Liberalen für einen Umweltschutz ein, der nicht nur das ausgewogene ökologische Verhältnis zwischen Mensch und Natur meint, sondern das soziale Umfeld des Menschen einbezieht. Die Liberalen setzen dabei Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, aus freier Verantwortung eine friedliche Welt zu schaffen.

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 10. März wollen wir Berliner Freien Demokraten in folgenden sechs Themenbereichen Schwerpunkte nennen, die uns den weit in die Zukunft reichenden Zielen dieser Präambel in der Legislaturperiode bis 1989 näherbringt.

## Deutschland- und Berlinpolitik

Das wesentliche Ziel liberaler Deutschlandpolitik bleibt, mehr Freiheit und mehr Freizügigkeit für alle Deutschen zu erreichen. Gerade die Menschen unserer geteilten Stadt Berlin brauchen die Überzeugung, daß die Spaltung unseres Landes und unseres Volkes eines Tages überwunden werden kann, und daß wir Berliner wie alle Deutschen eines Tages uns als Bürger eines Volkes in einem Staate wiederfinden können.

Die Lage in und um Berlin ist der Seismograph für die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, für das Verhältnis zwischen Ost und West. Von der Berliner F.D.P. ging Mitte der sechziger Jahre die Initiative aus, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten durch einen Generalvertrag unter Einbeziehung Berlins neu zu regeln. Was damals unrealistisch erschien, haben Viermächteabkommen und innerdeutsche Verträge eingelöst. Die Entspannungspolitik ist ein konkreter Beitrag zur Sicherung des Friedens.

Eine neue Initiative und neue Überlegungen zu einem "deutschen Ausgleich" in den achtziger und neunziger Jahren sind erforderlich. Der ungebrochene Rüstungswettlauf in Ost und West, die sicherheitspolitische Diskussion in beiden deutschen Staaten und der Verzicht der DDR-Führung auf ihre frühere Konfrontationspolitik gegenüber der Bundesrepublik veranlassen uns dazu. Die von beiden deutschen Staaten akzeptierte Verantwortungsgemeinschaft bietet eine gute Chance für gemeinsame Bemühungen um den Frieden und für die Menschen. Die Deutschland- und Berlinpolitik

der F.D.P. reicht über den tagespolitischen Ansatz hinaus. Es müssen auch Wege beschritten werden, die langfristig zum deutschen Ausgleich führen, ehe der Zusammenhalt des deutschen Volkes verlorengeht. Ziel ist die "Wiedervereinigung der Menschen" trotz staatlicher Trennung und der Unterschiedlichkeit der Systeme.

Als Marksteine auf dem Weg zu dieser "Wiedervereinigung der Menschen" wollen die Liberalen daher

- ständige Konsultationen zwischen beiden deutschen Regierungen und den Ausbau der Partei- und Parlaments-, Verwaltungs- und Verbandskontakte (z.B. Kirchen, Gewerkschaften) trotz der bestehenden Unterschiede,
- einen langfristigen Wirtschaftsvertrag ermöglichen, der auch die materielle Lage der Bürger der DDR verbessern, ihre Ausreisewünsche verringern hilft,
- eine Mitteleuropäische Bank mit Sitz Berlin (West), die alle aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entstehenden Fragen regelt,
- eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, die das Überleben von Natur und Menschen in den beiden Teilen Deutschlands in einem funktionierenden ökologischen System ermöglicht und dabei insbesondere auf die Gebote der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes Rücksicht nimmt,
- eine Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, in der Vertre-

ter aller gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten sind,

- den verstärkten Austausch zwischen den Jugendlichen beider Staaten in Deutschland,
- den Reiseverkehr in beiden Richtungen erleichtern,
- einen visafreien Reiseverkehr, der den Bürgern beiderseits der Grenze nützt, der aber erst möglich sein kann, wenn die Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten von Vertrauen geprägt sind und der Lebensstandard sich angeglichen hat.

In dieses System von Vereinbarungen muß Berlin (West), vertreten durch die Bundesrepublik Deutschland, voll und ganz einbezogen sein.

Eine liberale Deutschlandpolitik muß auch konkrete Schritte zum deutschen Ausgleich vorschlagen.

Die F.D.P. will für Berlin daher erreichen, daß

- die Möglichkeit geschaffen wird, mit Mehrfachbesuchserlaubnissen ohne vorheriges Aufsuchen eines Passierscheinbüros in die DDR zu reisen,
- der Mindestumtausch zurückgenommen wird,
- der Transitverkehr weiter über Staaken und in Zukunft über die Waltersdorfer Chaussee und über weitere neu zu eröffnende Grenzübergänge fahren kann und für Fahrradfahrer ein Transitweg wieder eröffnet wird,

- West-Berliner für Ausflüge in die DDR und nach Ost-Berlin Fahrräder und Motorräder benutzen und Haustiere mitnehmen können,
- versucht werden soll, die Luftkorridore höher zu legen,
- der Schienenverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet elektrifiziert wird, die Fahrzeiten verkürzt werden, eine Anbindung an das Inter-City-Netz und eine Verbesserung des Autoreisezugverkehrs erfolgt,
- die West-Berliner mit der S-Bahn und auf dem Wasserweg mit Fahrgastschiffen wieder nach Potsdam und in die Umgebung Berlins fahren können,
- konkrete Vereinbarungen zur Reduzierung der Umweltbelastungen getroffen werden,
- Sportler und Sportvereine im Rahmen der geltenden Besuchsregelungen außerhalb des sogenannten deutsch- deutschen Spitzensport-Kalenders sportliche Begegnungen auf mittlerer und unterer Leistungsebene mit entsprechenden Partnern in der DDR vereinbaren und durchführen können.

## Bürger und Staat

Bis zum Anfang der 80er Jahre entsprach es der Erwartung vieler Berliner Bürger, daß für alle Aufgaben und Probleme im Gemeinwesen Regierung und Parlament zuständig sein sollten. Das führte zu einer Aufgabenausdehnung der öffentlichen Hand, die es in diesem Ausmaß in keiner anderen Stadt und Metropole gegeben hat. Sie findet noch heute ihren Ausdruck in den überdimensionalen Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst wie auch in der Entwicklung der Eigenbetriebe. So hat zum Beispiel Berlin 55.000 öffentlich Bedienstete mehr als Hamburg.

Folge dieser inzwischen als falsch erkannten Politik war, daß in allen gesellschaftlichen Schichten eine gefährliche Fehlentwicklung im Verhältnis Staat und Gesellschaft eingeleitet wurde, die nicht nur die wirtschaftliche Auszehrung Berlins überdeckte, sondern auch das wirtschaftlich innovative und eigenverantwortliche Denken und Handeln in der Stadt bis in den sozialen Bereich hinein in vielen Teilen zerstörte.

Anspruchsmentalität und Versorgungsdenken haben überhand genommen. Für Liberale aber ist selbstverantwortliches Handeln Voraussetzung für eine offene Gesellschaft. Nur die Sicherung dieser Voraussetzung ist Aufgabe staatlicher Ordnung, die in den nächsten Jahren neuen Herausforderungen begegnen muß. Denn wir stehen am Beginn einer neuen Zeit, die auf dem Weg zur Informationsgesellschaft mit ihren hochentwickelten Techniken neue Chancen - Freiheit durch Wissen -, aber auch neue Gefahren - Wissen über den einzelnen - in sich

birgt. Hier eröffnet sich für die Liberalen ein weites Aufgabenfeld, weil Bürger und Staat durch den Bewußtseinswandel und die Änderung der sozialen Strukturen sich mehr als bisher von Grundsätzen liberalen Denkens leiten lassen müssen. Die Liberalen wollen eine Politik, die den einzelnen in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns stellt und die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Bürgers zu verwirklichen sucht. Freiheit ist dabei für Liberale die Grundlage zur Selbstentfaltung, zur Möglichkeit, einen persönlichen Weg zu wählen und auch zu gehen. Die Chancen für individuelle Lebensgestaltung und für den Zusammenschluß von Bürgern zur Erreichung gemeinsamer Ziele sollen erhalten und gestärkt werden.

Ziel liberaler Politik ist es daher, eine Umkehr zu bewirken nach dem Motto: "Weniger Staat - Mehr Selbstverantwortung". Verwaltungsstrukturen, die eine flexible und zusammenhängende Behandlung individueller Anliegen verhindern, müssen geändert werden. Das Verwaltungshandeln muß für den Bürger überschaubar sein. Dies bedeutet zum Beispiel auch, eine möglichst persönliche Ansprache des Bürgers durch die Verwaltung zu erreichen. Amtliche Schreiben und Vordrucke müssen daher in einer für alle verständlichen Sprache verfaßt sein.

Im Verhältnis Bürger - Verwaltung muß es vom Gegeneinander zum Miteinander kommen. Verwaltung darf nicht Selbstzweck, sondern kann und soll Vermittler zwischen dem einzelnen und dem Staat sein. Die Initiativen der F.D.P. zur Verwaltungsreform sind erste Schritte in diese Richtung.

Die F.D.P. setzt sich für die Durchsetzung von

Eigeninitiative und Selbstverantwortung auch im Gesundheitswesen, in der sozialen Vor- und Fürsorge sowie im Freizeitbereich ein. Letztlich sind Lösungen mit staatlichen Zuschüssen für die Menschen humaner und für die öffentlichen Haushalte günstiger als die Finanzierung von staatlichen Einrichtungen mit allen Folgekosten.

Im einzelnen tritt die F.D.P. dafür ein, daß

- die Verwaltungsreform umgesetzt wird, um die Aufgaben von Bezirks- und Hauptverwaltungen voneinander abzugrenzen, mit dem Ziel, Überschneidungen zuungunsten des Bürgers zu vermeiden und die Aufgaben mit lokalen Bezügen in die Bezirke zu verlagern. Wo möglich, sind Stellen einzusparen, ohne Entlassungen vorzunehmen,
- die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen nicht mehr gemeinsam mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattfinden,
- gewerbliche Eigenbetriebe wie KPM und BEHALA überprüft werden, ob sie in private Regie übernommen werden können,
- das Eigenbetriebsgesetz mit dem Ziel geändert wird, Personalvertretungstätigkeiten von denen des Verwaltungsrats zu trennen.

Für die Liberalen ist die Wahrung und der Ausbau des Rechtsstaates von großer Bedeutung, da hier die Sicherung einer offenen, freien Gesellschaftsordnung ihr Fundament findet. Für Liberale war es schon im letzten Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit, daß die Beziehungen zwischen dem Staat

und dem Individuum in einer Weise rechtlich geordnet sein müssen, die es dem Staat verwehrt, die Schranken des Individualbereiches zu überschreiten. Durch die Vermehrung der Straftatbestände wird nicht unbedingt mehr Gerechtigkeit und Sicherheit für den Bürger geschaffen, aber mit Sicherheit mehr Arbeit für Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte und in jedem Fall eine vermehrte Anzahl von Vorbestraften. Auch sind überholte Rechtsvorschriften der Alliierten endlich abzuschaffen.

Daher setzt sich die F.D.P. dafür ein,

- dem deutschen Gesetzesperfektionismus mit dem Mut zur Lücke zu begegnen,
- nicht jeder tagespolitischen Modewelle mit dem Ruf nach dem Gesetzgeber zu folgen,
- das Berliner Landesrecht unter Einschluß des alliierten Besatzungsrechts zu bereinigen, damit überflüssige Vorschriften zugunsten einer überschaubaren Rechtsordnung außer Kraft gesetzt können,
- daß die unabhängige Rechtspflege die erforderlichen sachlichen und personellen Mittel erhält, um alle Gerichtsverfahren zügig abwickeln zu können,
- daß durch ein breites Maßnahmenbündel, insbesondere durch die Erweiterung von Alternativen zum Strafvollzug, die Inhaftierung von straffälligen Bürgern auf das unbedingt erforderliche Maß reduziert wird,

- daß aus der Prüfung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Volkszählung konkrete Folgerungen für die Berliner Landesgesetzgebung gezogen werden. Auch die traditionelle Amtshilfe und das Berliner Meldegesetz dürfen dabei kein Tabu sein. Die Aufmerksamkeit des Datenschutzes muß nicht nur der Verwaltung, sondern auch und vor allem den kommerziellen, privaten Datenverarbeitern gelten.
- daß Datenschutz endlich Grundrechtscharakter erhält,
- daß jeder Bürger kostenlos Auskunft über alle Daten erhält, die über ihn registriert oder gespeichert sind,
- daß jede Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes unterbleibt,
- die Staatshaftung gesetzlich zu regeln, ohne dabei dem Bürger ein Maß an Beweislast aufzuerlegen, das er nicht bewältigen kann.  
Weiterhin ist die F.D.P. der Auffassung, daß
- die Widersprüche und Ungereimtheiten zwischen Asylverfahrensrecht und Abschiebep Praxis zugunsten der Ideen eines liberalen Rechtsstaates beseitigt werden müssen,
- ausländischen Arbeitnehmern nach sechs Jahren rechtmäßigen Aufenthalts die Aufenthaltsberechtigung erteilt wird,
- zum Schutz vergewaltigter Frauen die Einrichtung von bezirklichen ärztlichen Notdiensten erfolgen

muß,

- zum Schutz mißhandelter Kinder eine ärztliche Meldepflicht eingeführt werden muß,
- alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft das Wahlrecht an ihrem Wohnsitz erhalten,
- eine Kennzeichnung der Polizei durch Namensschilder für Kontaktbereichsbeamte (Kobs) und Nummern für die übrige Polizei eingeführt wird. Derartige Maßnahmen tragen dazu bei, daß Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei weiter zu stärken.
- ein neuer, maschinenlesbarer Personalausweis überflüssig ist,
- durch eine entsprechende Änderung des Pressegesetzes das Recht auf Schutz der Privatsphäre und auf Gegendarstellung verbessert wird,
- Lebensgemeinschaften jeder Form nicht diskriminiert werden,
- Sozialstationen und Krankenwohnungen ausgebaut werden, da sie den Erhalt menschlicher Kontakte ermöglichen. Dies zu fördern, führt weg von den großen, anonymen staatlichen Einrichtungen und hin zu überschaubaren sozialen Einrichtungen. Das bedeutet mehr Humanität und Wohlbefinden für ältere und kranke Menschen,
- daß durch die Einrichtung eines "Geburtshauses" das Angebot für ambulante Geburten in Berlin erweitert wird mit dem Ziel, die aktive Vorberei-

tung von Eltern auf die Geburt mit der Geburt und der Nachsorge räumlich und personell zu verbinden und dies alles in einem menschenfreundlichen Rahmen ohne Krankenhausatmosphäre zu stellen. Das bedeutet Kostensenkung im Gesundheitswesen mit voller Zustimmung der "Abnehmer" und verspricht eine anregende Wirkung auf die Geburtspraxis in den Krankenhäusern.

- in der Rentenversicherung zur Senkung der Verwaltungskosten und zum Zwecke einer sparsamen Verwendung der Beitragseinnahmen für die bisher in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden achtzehn Landesversicherungsanstalten für Arbeiter eine einheitliche Bundes-Versicherungsanstalt für Arbeiter (BfArb) mit Sitz in Berlin analog zur Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) errichtet wird.

## Arbeit und Wirtschaft

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß mit zusätzlichen Subventionen die Probleme der Berliner Wirtschaft nicht gelöst werden können, sondern daß es darauf ankommt, in der Wirtschaft selbst Eigenverantwortung, Initiative und innovatorischem Denken zum Durchbruch zu verhelfen.

Der bisherige Verlust von qualifizierten Facharbeitern in Betrieben, von Vorstandsetagen und Forschungseinrichtungen konnte durch eine Fülle staatlicher Programme oder gar durch das Aufblähen des öffentlichen Dienstes nicht verhindert werden.

Grundlage und Ausgangspunkt liberaler Wirtschaftspolitik ist die Steuerung der Wirtschaft durch Markt und Wettbewerb, durch kreative Erneuerung und Risikobereitschaft.

Nach den wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen der F.D.P. soll der Staat eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik nur dann übernehmen, wenn der freie Wettbewerb beeinträchtigt ist oder besondere geographische Bedingungen zu schädlichen Strukturveränderungen führen. Insoweit steht die F.D.P. zur Berlinförderung, die dem Ausgleich von politisch bedingten Standortnachteilen dient. Insoweit erkennt die F.D.P.an, daß staatliche Förderprogramme für Berlin berechtigt und notwendig sind, soweit sie subsidiär sind und die Eigeninitiative nicht lähmen.

Die Insellage Berlins erfordert in besonderer Weise eine an sozialen und ökologischen Ressourcen orientierte Wirtschaftspolitik. Die notwendigen Umweltin-

vestitionen, die zur Reduktion und Verhinderung von Umweltbelastungen führen müssen, stellen aus liberaler Sicht ein wichtiges ökonomisches Investitionspotential dar. Umwelttechnologien, die auf dem Referenzmarkt Berlin entwickelt werden, eröffnen die Chance, Arbeitsplätze und Marktanteile zu gewinnen.

Ebenso ist der Bereich neuer Kommunikationstechnologien und neuer Programmangebote geeignet, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beizutragen.

Die F.D.P. lehnt die Konservierung von veralteten Wirtschaftsstrukturen mit öffentlichen Mitteln ab. Sogenannte "Landeskinderregelungen" zur Bevorzugung von in Berlin ansässigen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind mit liberaler Wirtschaftspolitik unvereinbar. Das heißt auf der anderen Seite nicht, daß Unternehmen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, Hilfe versagt werden soll, wenn es gilt, Arbeitsplätze zu sichern. Es kommt aber darauf an, daß diese Unternehmen eine Chance zur langfristigen Konsolidierung bieten müssen. Die F.D.P. will sicherstellen, daß beim Einsatz öffentlicher Mittel Risiken und Chancen in die richtige Proportion kommen.

Eine aktive und innovationsorientierte liberale Wirtschaftspolitik will Arbeitsplätze sichern und schaffen. Das Problem langfristiger, struktureller Arbeitslosigkeit besteht auch in Berlin. Gerade in Berlin muß daher das Problem der Verteilung von wenig Arbeit auf mehr Menschen gelöst werden. Möglichst alle Arbeitsplatzsuchenden müssen die Chance einer sinnvollen Beschäftigung geboten bekommen. Sinnvolle Arbeitsmarktprogramme haben

daher neben ihrer sozialen Aufgabe verstärkt ökonomische Funktionen wahrzunehmen. Dies ist das Ziel der Liberalen, gerade weil Einsparungen von Arbeitszeit in Produktion und Verwaltung absehbar sind. Die Arbeitsplatzprobleme der Zukunft können nach Ansicht der F.D.P. nur über den Weg flexibler Arbeitszeiten einer Lösung zugeführt werden. Der zukünftige Arbeitsmarkt wird anders aussehen als der gegenwärtige. Es wird künftig mehr Menschen geben, die nur 10, 20 oder auch 30 Stunden arbeiten wollen oder können. Möglichkeiten der individuellen Gestaltung von Wochen-, Monats-, oder Jahresarbeitszeit sind genauso zu berücksichtigen wie herkömmliche Arbeitszeitregelungen oder Modelle des job-sharing, der Heimarbeitsysteme und der Umstellung auf selbständige Arbeit. Die Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen stellt die Rolle der Gewerkschaften nicht in Frage.

Innovationsorientierte Wirtschaftspolitik setzt aber auch voraus, daß die Anwendung und Erforschung neuer Techniken um ihrer Chancen willen gefördert werden muß. Jede der neuen Technologien, birgt in reichem Maße Chancen wie auch Gefahren in sich, wie z.B. die Gentechnologie, die Automatisierung in Verwaltung und Produktion und die Neuen Medien zeigen. Niemand ist heute in der Lage, die direkten und indirekten Folgen ihres Einsatzes, seien sie positiv oder negativ, für uns und unsere Gesellschaft zu prognostizieren.

Ein verstärkter Einsatz neuer Techniken bedingt deshalb die Notwendigkeit effektiver und qualifizierter Kontrollen. Politik und Verwaltung dürfen sich hierbei nicht blind in die Hände der Wissenschaft und Technik begeben, sondern müssen die

Entwicklung kritisch verfolgen und dafür sorgen, daß die Gefahren und schädlichen Nebenfolgen so früh wie möglich erkannt und bekämpft werden.

Die öffentliche Diskussion muß von Sachkunde getragen werden. Es ist ein schwerer Fehler, Kritiker, Besorgte und Interessierte vor die Wahl bedingungsloser Akzeptanz oder kompromißloser Ablehnung zu stellen. Die F.D.P. tritt dafür ein,

- daß kleinere und mittlere Betriebe besonders günstige Chancen erhalten, Eigeninitiativen und Kreativität zu entfalten. Ein besonderes Gewicht haben neben der Industrie auch der Handel, das Handwerk, das Dienstleistungsgewerbe und die freien Berufe,
- die Vergabearten der öffentlichen Hand zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen zu überprüfen,
- die Zahlungsmoral der öffentlichen Auftraggeber zu verbessern,
- die Großbetriebe nicht aus ihrer Verantwortung für Berlin zu entlassen; es sollte z.B. jedes Großunternehmen wie Salzgitter einen gesamten Vorstandsbereich mit einem in der Stadt ressortierenden Vorstandsmitglied nach Berlin verlagern,
- daß vordringlich, zur Integration lebenswichtiger ökologischer Grundsätze in unsere Marktwirtschaft, in Berlin günstige Voraussetzungen für den Aufbau einer an Umweltproblemen orientierten Industrie zu schaffen sind,

- wirtschaftliche Aktivitäten im alternativen Bereich als Bestandteil unseres Wirtschaftssystems anzusehen; geeignete Projekte sollten gegebenenfalls in die öffentliche Wirtschaftsförderung miteinbezogen werden,
- Innovationschance, Risikokapital und Technologietransfer in besonderer Weise kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung zu stellen. Wirtschaft sowie Universitäten und Hochschulen werden aufgefordert, im Bereich neuer Technologien enger zusammenzuarbeiten. Hierzu könnten von der Wirtschaft finanzierte Stiftungslehrstühle an den Universitäten beitragen,
- daß Berlin mit einer flexiblen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und entsprechenden Modellversuchen in den Eigenbetrieben eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Hierzu zählen auch flexibel gestaltete Ladenschlußzeiten,
- daß das Ladenschlußgesetz dahingehend zu ändern ist, daß es den Betrieben allbezirklich möglich ist, die Geschäfte im Bedarfsfall und nach freier Personalvereinbarung bis 21.00 Uhr offen zu halten,
- daß Modelle der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und des Existenzsparens eine größere Verbreitung finden, um weitere wirtschaftliche Impulse auszulösen,
- Ökologie als Chance für die Ökonomie zu betrachten; hierbei ist zu berücksichtigen, daß Umweltinvestitionen grundsätzlich von den Unternehmen erwirtschaftet werden müssen und nicht aus-

schließlich staatlich finanziert sein können,

- daß die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam durch Bund, Länder, Unternehmer und Gewerkschaften erfolgt.

Indem die F.D.P. diese Vorschläge für die Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitslage macht, ist sie sich auch darüber klar, daß

- nur ein partnerschaftliches Verhalten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Rahmen der Tarifhoheit Erfolge bringen und sichern kann,
- berufliche Umorientierung und Umschulung gefördert werden sollen.

## Stadtentwicklung und Umweltschutz

Das in anderen Großstädten mögliche Ausweichen von Wohnungsbau, Gewerbe und Naherholungsaktivitäten ins Umland ist in Berlin nicht gegeben. Die F.D.P. sieht darin jedoch auch die Chance, durch Funktionsüberlagerungen von Wohnen, Arbeiten und Erholung innerstädtische Problemgebiete beispielhaft wiederzubeleben.

Hierzu macht die F.D.P. folgende Vorschläge:

- Die bisherige Grundlage der Stadtentwicklung war immer noch der Flächennutzungsplan der 60er Jahre mit seinen irrealen Wachstumserwartungen mit einer Bevölkerungszahl von 2,6 Mio Einwohnern. Die F.D.P. fordert daher die umgehende Umsetzung des neuen Entwurfs eines Flächennutzungsplanes auf der Basis einer realistischen Einwohnerzahlprognose unter Berücksichtigung der danach erforderlichen Neuordnung der Flächen.
- Landschaftsräume, Freiflächen und Parks sind entscheidend für die Lebensqualität dieser Stadt. Eine Sicherung und Erweiterung der Grün- und Erholungsflächen ist auch aus ökologischen Gründen dringend geboten. Die Chance, das Image des "Steinernden Berlin" abzulegen, darf nicht vertan werden.
- Neubausiedlungen in Stadtrandlage sind nicht notwendig; bestehende Baustrukturen sind zu schützen, vorhandene alte Dorfkern und Siedlungsgebiete zu restaurieren und zu erhalten.

- Die Qualität der Innenstadt muß durch Wohnumfeldverbesserung so gesteigert werden, daß das Wohnen in der Stadt eine Alternative zum Wohnen in Stadtrandlagen wird.
- Durch Einbeziehung von Straßen, Stadtplätzen und Freiflächen größerer Gemeinbedarfseinrichtungen (Schulhöfe) in ein Netz von Bewegungs- und Aufenthaltsräumen, muß das Angebot für die Naherholung der Bevölkerung in der Innenstadt erheblich erweitert werden.
- Bei der Vorsorge für lebensnotwendige Gewerbeflächen und damit Arbeitsplätze sollte der Erhaltung und Entwicklung vorhandener Nutzungsüberlagerungen der Vorrang gegeben werden.
- Im Falle der Unvereinbarkeit einer Funktionsüberlagerung von Gewerbe und Wohnen aufgrund von Emissionen sollte eine Neustrukturierung und Zusammenlegung von Gewerbeflächen erfolgen (Gewerbeparks).
- Betriebe, die zu weiterer erheblicher Luftbelastung führen, sollten nicht mehr angesiedelt werden, Berlin braucht saubere Arbeitsplätze.
- Verkehrsflächen und Trassen für den öffentlichen und individuellen Personennahverkehr sind in Berlin bis auf wenige Ausnahmen vorhanden. Wichtigstes Kriterium der Verkehrsplanung für die Zukunft darf nicht nur die Funktionsfähigkeit des Verkehrs, sondern verstärkt die Stadtverträglichkeit sein.
- Da eine weitere drastische Zunahme des Indivi-

dualverkehrs zu befürchten ist, werden sich die bestehenden Probleme noch verstärken. Schwerpunkte der Verkehrspolitik müssen daher die Stadtverträglichkeit, die Verkehrssicherheit und die Bewältigung des ruhenden Verkehrs sein. Die F.D.P. fordert deshalb ein flächendeckendes Verkehrs- und Verkehrsberuhigungskonzept, das ein ausgewogenes Nebeneinander von öffentlichem Personennahverkehr, Individualverkehr, Fahrradfahren und Fußgängern garantiert. Dabei ist der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs der Vorrang zu geben. Dort, wo sich Fehlplanungen herausgestellt haben, sind Straßenrückbauten vorzusehen, sobald Veränderungen durch Renovierungs- oder Reparaturarbeiten ohnehin notwendig werden.

- Einen wichtigen Bestandteil eines intakten Wohnumfeldes bilden Straßenbäume. Durch Überalterung, aber auch durch umweltschädliche Einflüsse und unsachgemäße Pflege ist der derzeitige Bestand an Straßenbäumen ernsthaft gefährdet. Die F.D.P. fordert ein umfassendes innerstädtisches Bepflanzungsprogramm. Hierzu gehören neben der Anpflanzung von Straßenbäumen die Bepflanzung von Parkplätzen, Gewerbeflächen, und öder Innenstadtfächen.
- Durch die Anlage und Pflege lebensfähiger Grünflächen ist ein wesentlicher Beitrag zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts innerstädtischer Regionen zu leisten. Die F.D.P. fordert die Umwandlung gepflasterter Flächen in Vorgärten, die verstärkte Hof- und Fassadenbegrünung, sowie Dachbegrünungen bei Neubauvorhaben der öffentlichen Hand.

- Ein wichtiger Gradmesser der Attraktivität Berlins ist die City. Die Gestaltung und Weiterentwicklung dieses Bereiches kann nicht der Zufälligkeit oder dem Aktivismus einzelner Bezirke überlassen bleiben. Die F.D.P. fordert für den Citybereich umgehend eindeutige Zuständigkeiten oder gemeinsame, bindende Vereinbarungen der betroffenen Bezirke.
- Stadtentwicklung und Verkehrsplanung können nicht auf Bezirksebene betrieben werden, sondern bedürfen einer übergeordneten Planungshoheit. Hier ist eine weitgehende Dezentralisierung fehl am Platze.
- Denkmalschutz und Erhaltung des kulturellen Erbes gehören zu den unabdingbaren Aufgaben einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Dabei dürfen zu eng ausgelegte Auflagen des Denkmalschutzes notwendige Nutzungsveränderungen nicht behindern oder unmöglich machen. Die Erhaltung des historischen Stadtbildes darf nicht zu einer musealen Erhaltung einiger weniger Einzelobjekte verkümmern. Für die Erhaltung ist auch privates Mäzenatentum zu fördern.

Umweltschutz und Stadtentwicklung dienen der Lebensqualität unserer Stadt und sind eine wesentliche Voraussetzung, die Attraktivität Berlins zu erhalten und zu steigern. Der Umweltschutz ist der wichtigste Aktivposten für die Zukunft dieser Stadt. Er ist mehr als nur die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts innerhalb der Natur durch den Menschen. Er umfaßt alle sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen, in denen Menschen miteinander leben. Der Umweltschutz ist eine der

Grundpflichten staatlichen Handelns und als solche in der Verfassung zu verankern.

Unabdingbare Voraussetzung und wichtigstes Ziel der Stadtentwicklungspolitik der Freien Demokratischen Partei ist die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlage in Berlin. Ein quantitativ und qualitativ befriedigendes Wohnungsangebot ist neben ausreichenden Arbeitsplätzen und angemessenen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten ausschlaggebend für das Sein und Bleiben in Berlin.

Umweltschutz und Stadtentwicklung in Berlin müssen auch von dem Gedanken getragen sein, modellhafte Initiativen und Strategien zu entwickeln, die auch im übrigen Bundesgebiet umgesetzt werden können. Dies ist eine Voraussetzung, mit der DDR glaubwürdig über wirkungsvolle Umweltschutzmaßnahmen verhandeln zu können.

Zur Verbesserung der Berliner Luftsituation fordert die F.D.P.:

- Das Modernisierungs- und Stilllegungskonzept für die Berliner Kraft- und Heizwerke ist schneller als geplant umzusetzen und auf die Stickoxideliminierung auszuweiten.
- Die Sanierung von Altanlagen der Industrie ist voranzutreiben. Die Kraft-Wärme-Kopplung und die Einspeisung von Prozeßwärme in das Fernwärmenetz sind zu ermöglichen.
- Energieeinsparung ist nicht nur vom Staat zu fordern, sondern aktiv zu betreiben. Dazu müs-

- sen auch die Tarifstrukturen von BEWAG und GASAG geändert werden. Die dezentrale Energieerzeugung und die Umstellung auf alternative Brennstoffe sind zu fördern. Für eventuelle Smoglagen ist die Bevorratung von Schadstoffarmen Brennstoffen zu begünstigen.
- Daß ab 1. Januar 1986 Kraftfahrzeuge mit Benzinmotoren nur mit Katalysatoren und solche mit Dieselmotoren nur mit Rußfiltern zugelassen werden.
  - Die Belastung von Luft und Boden durch Schwermetalle gesenkt wird.
  - Die im Falle einer Smogwetterlage geltenden Regelungen auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen und zu verschärfen, um so die schädigenden Belastungen für den einzelnen so gering wie irgend möglich zu halten,
  - In Zukunft sollen bei der Bekämpfung von Umweltverschmutzungen in verstärktem Maße marktwirtschaftliche Instrumente wie Emissionsabgaben, Umweltzertifikate und Methoden wie die "Glockenpolitik" angewandt werden.

Die F.D.P. hält schnelle und konsequente Schritte weg von der herkömmlichen Abfallbeseitigung hin zur Abfallverwertung für erforderlich. Dabei ist die flexible Privatwirtschaft derart zu fördern, daß moderne Aufbereitungstechniken wirtschaftlich werden.

Dazu fordern Berlins Liberale

- durch die getrennte Sammlung sämtliche Wertstoffe aus dem Abfall zu gewinnen,
- Sammelstellen für Sperrmüll und giftige Abfälle bürgernah einzurichten,
- gefährliche Abfälle so zu beseitigen, daß sie nicht zu Lasten für kommende Generationen werden,
- jeden Materialkreislauf auf Umweltverträglichkeit und etwaige Belastung von Wasser, Boden oder Luft zu überprüfen,
- industrielle und gewerbliche Reststoffe über eine Abfallbörse zu vermarkten.

Grundwasser als kostbares Naß in seiner Güte und Menge als unentbehrliches Lebensmittel ebenso wie das Wasser in Flüssen und Seen geschützt werden. Dazu halten die Liberalen für erforderlich,

- den Freizeit- und Erholungswert der Gewässer zu sichern und für kommende Generationen vorzuhalten,
- Grundwasserkataster zu erstellen,
- die 3. Reinigungsstufe für die Berliner Klärwerke einzuführen,
- die Abwasserkanalisation in den Außenbezirken auszubauen,
- nur die Einleitung von gereinigten Abwässern in Kanäle und Flüsse zu gestatten.

Die Havellandschaft trägt durch ihren ästhetischen Reiz und den hohen Freizeit- und Erholungswert wesentlich zur Attraktivität der Stadt bei. Deshalb fordert die F.D.P. zum Schutz von Ufern Röhricht und Wäldern:

- Schluß mit der Verbauung der Ufer mit Beton und Stahl,
- Einrichtung von Schutzzonen am und auf dem Wasser,
- die Einführung einer TÜV-Prüfung für Motorboote alle zwei Jahre,
- die Geschwindigkeitsbegrenzung für Freizeit- und Berufsschifffahrt auf 10 Stundenkilometer,
- die Schaffung von Oasen der Ruhe in den Berliner Forsten durch Verringerung oder Vermeidung von Autoverkehr auf Waldstraßen.
- darauf hinzuwirken, daß bei Übungen der alliierten Streitkräfte in den Berliner Wäldern Umweltschäden vermieden werden,

Wohnen und Verkehr dürfen nicht kaputt geplant werden. Deshalb ist es für die F.D.P. unverzichtbar, daß

- eine Gesamtkonzeption für die Entwicklung unserer Stadt vom Kurfürstendamm über Tiergarten, Kulturforum, Zentralen Bereich um den Reichstag bis SO 36 unter Einbeziehung der alten Bausubstanz und der Renovierung von Gebäuden, wie der Dänischen Botschaft, des Hotel Esplanade und des

- Cropiusbaus, mit dem Ziel der Wiederbelebung dieser Stadtteile vorgelegt wird,
- eine Verkehrsplanung vorgelegt wird, die Autobahnen mit Tempo 80, Stadtstraßen mit Tempo 50 und Wohngebiete mit Tempo 30 aufeinander abstimmt und alte Autobahnplanungen endgültig abschließt,
  - Fehlplanungen im Verkehrsbereich, wie die Autobahnbrücke über den Breitenbachplatz und ungenutzte Autobahnbauten in Neukölln abgerissen werden,
  - die Umsetzung eines Verkehrskonzeptes für den öffentlichen Personennahverkehr mit den Schwerpunkten U- und S-Bahn einschließlich des S-Bahn-Ringes mit Anpassungen des Bus-Netzes vorangetrieben und zur Beschleunigung des Busverkehrs ein möglichst zusammenhängendes Netz von Sonderfahrstreifen (Busspuren) eingerichtet wird,
  - ein BVG-Kurzstreckentarif zum halben Preis des Einzelfahrscheins eingeführt wird, der auch für ein Teilnetz des Schnellbahnsystems (U- und S-Bahn) gibt,
  - die Planung des Eisenbahngüterverkehrs und des Süd-Güterbahnhofs den neuen Erfordernissen anzupassen ist,
  - die M-Bahn vom Kulturforum am Kemperplatz über Wittenbergplatz bis zur Uhlandstraße auf den Anlagen der U-Bahn-Linie 3 verlängert wird,
  - daß diese Linie durch den teilweise vorhandenen

Tunnel als M-Bahn oder U-Bahn über den Adenauerplatz hinaus zum S-Bahnhof Halensee konzipiert wird,

- daß die U-Bahnlinie 2 bis zum Mexikoplatz weitergeführt wird,
- daß die U-Bahnlinie 8 bis zur S-Bahn-Station Hermannstr. verlängert wird,
- daß jeder U- und S-Bahnhof mit einem Fahrstuhl ausgestattet wird (was jedem Parkhaus recht ist, sollte der BVG billig sein),
- auf die geplante neue Trasse für die B 101 verzichtet wird,
- die noch bestehenden Grün- und Freizeitflächen, Felder und Wiesen durch den Flächennutzungsplan abgesichert werden,
- Möglichkeiten für sozial- und naturverträgliches Camping für Berliner und Gäste geschaffen wird,

### Wohnungs- und Mietpolitik

Berlin ist das einzige Bundesland, in dem noch eine Mietpreisbindung für Altbauten bis 1990 gilt. Diese staatliche Reglementierung hat zu Verzerrungen geführt; der Mietpreis entspricht nicht Lage, Wohnwert und Standard, sondern entstand durch Zufälligkeiten der Vorkriegsfestschreibung und einer unterschiedlichen öffentlichen Förderung. Altbaumieten, Mieten im älteren und neueren sozialen Wohnungsbau stehen in nicht nachvollziehbarer

ren Größenordnungen nebeneinander und nehmen dabei weder auf Einkommen und Haushaltsgröße noch auf Lage und Wohnungsstandard Rücksicht. Die Überführung des Altbaubestandes in das soziale Mietrecht und die Schaffung eines Wohnungsmarktes sind zwingend erforderlich.

Die Lage am Wohnungsmarkt hat sich in Berlin entspannt. Ca. 1,1 Millionen Haushalten stehen nunmehr 1,1 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Bei sinkender oder zumindest stagnierender Bevölkerungszahl steht nicht mehr die Frage der Wohnungsvermehrung, d.h. des Neubaus, im Vordergrund, sondern die stadtpolitische Qualitätsverbesserung und Strukturpolitik durch Lückenschließung, Ersatzbau und Modernisierung.

Die F.D.P. hält es daher für erforderlich,

- bis 1990 jährlich 5.000 Wohnungen im Neu- und Ersatzbau zu erstellen; davon sollten im sozialen Wohnungsbau bis zu 3.000 im Jahr errichtet werden, was finanziell mit dem derzeitigen Finanzierungssystem möglich ist,
- darüber hinaus ein grundlegend anderes Finanzierungssystem für den sozialen und den steuerbegünstigten Wohnungsbau zu entwickeln; ein solches System muß von der Kostenmiete als Orientierungsgröße abgehen, das Vergabeverfahren durchsichtiger gestalten und damit dem Landeshaushalt Ersparnisse bringen,
- daß Modernisierung und Instandsetzung nur dann erfolgen, wenn nicht mehr als 60 Prozent der Neukosten entstehen; die Förderung in diesem

Bereich sollte ausschließlich über Darlehen anstelle der Zuschüsse erfolgen und mit dem Wegfall des "Schwarzen Kreises" gänzlich eingestellt werden, weil sich Instandsetzung und Modernisierung dann aus Mieteinnahmen selber finanzieren lassen,

- die Förderungsrichtlinien des Landes Berlin sind so zu ändern, daß bei einzelnen Gebäuden wie bisher 70 v. H. der vergleichbaren Neubaukosten der Sanierung anerkannt werden und die Zuschussung in diesen Einzelfällen entsprechend den bisherigen Richtlinien des Landesmodernisierungsprogramms des Landes Berlin erfolgt; derartige Förderungen sind auf Einzelfälle zu begrenzen,
- die Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau deutlich zu erhöhen, um einen echten Mietausgleich von Mietern mit hohem Einkommen zu bekommen; Sozialbauwohnungen würden damit für diejenigen frei, die tatsächlich berechtigt sind oder wenigstens eine entsprechende Abgabe erbringen,
- vergleichbare Mieten für vergleichbaren Wohnraum im sozialen Wohnungsbau zu schaffen, weil wegen unterschiedlicher Jahrgänge und Förderungswege für den gleichen Berechtigtenkreis völlig unterschiedliche Mieten entstehen,
- Maßnahmen zu fördern, die durch Gewährung individueller öffentlicher Mittel in Fällen, in denen die Mietbelastung 25 Prozent des Einkommens übersteigt, zur Entlastung unter Berücksichtigung des jeweiligen Einkommens beitragen,
- neue Formen menschlichen Zusammenlebens nicht

zu benachteiligen; d.h. Wohnberechtigungsscheine nicht nur an Ehepaare, sondern auch an unverheiratet Zusammenlebende zu erteilen,

- einen familiengerechten Wohnungsbau zu ermöglichen,
- den Wohnungsneubau am notwendigen Ersatzbaubedarf zu orientieren und zur Stadtlückenschließung einzusetzen,
- den Wohnungsneubau nicht mehr in Großeinheiten ins Grüne zu setzen,
- ein Verbot des Erstverkaufs von Sozialbauwohnungen zu Eigentumszwecken mit Ausnahme des Verkaufs an selbstnutzende Mieter durchzusetzen.

## Kultur und Bildung

Berlin ist eine europäische Kulturmetropole. Attraktivität, Lebensqualität und Lebensfähigkeit hängen hier jedoch, in höherem Maße als anderswo, von der geistigen und künstlerischen Ausstrahlung und Faszination ab. Der Leistungsstand repräsentativer Kulturbetriebe kann auf die Dauer nur erhalten werden, wenn kameralistische Gängelung durch unternehmerischen Geist ersetzt wird und privates Mäzenatentum sinnvoll einbezogen wird. Weiterhin besteht zwischen Spitzenleistung und Breitenarbeit eine enge Wechselbeziehung. Daher darf das kulturelle Angebot in den Bezirken nicht vernachlässigt werden. Kunstämter, Musikschulen, Freie Gruppen, Galeristen, Instrumentalgruppen, Chöre und Laienensembles müssen dezentral und bürgernah ein vielfältiges Angebot garantieren und so der Gefahr eines bloß passiven Medienkonsums entgegenwirken. Dieses Kulturangebot vor Ort muß auch die Belange und Bedürfnisse unserer ausländischen Mitbürger einbeziehen und so einen Beitrag zur Integration leisten. Das kulturelle Klima einer Stadt stimmt nur dann, wenn auf einer breiten Basis künstlerische Begabungen heranreifen und in ihrer Persönlichkeit entfalten können.

Um diese Atmosphäre zu erhalten, ist die Beachtung liberaler Grundsätze in der Bildungspolitik unverzichtbar. Liberale Bildungspolitik will den einzelnen befähigen, durch seine persönliche Lebensgestaltung einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben zu leisten, indem sie die Förderung und Entwicklung seiner Neigungen und Fähigkeiten in den Vordergrund stellt. Mit der Betonung des einzelnen und seiner Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gesell-

schaft entwickelt dieser freiheitliches, tolerantes Denken gegenüber anderen, so daß ein offenes, humanes Klima entstehen kann, in dem jeder Partner des anderen ist. Unterschiede in der Wertigkeit von Bildung gibt es bei Liberalen nicht. Die Verdeutlichung notwendiger Flexibilität, Kreativität und die Aneignung der sich ständig verändernden Kommunikationstechniken sind zwingende Voraussetzungen für die Behauptung des einzelnen in einer sich permanent wandelnden Informationsgesellschaft. Die neuen Medien sind eine Chance für jeden einzelnen Bürger, wenn sie eine qualitative Erweiterung und Verbreiterung der bisherigen Programme darstellen und nicht nur einseitigen Tendenzkommerzfunk bieten. Der Sprung in ein neues Medienzeitalter eröffnet für Berlin die Chance, die führende Stellung im Bereich neuer Kommunikationstechniken zu behaupten. Nach der Einführung von Video-Text und Bildschirm-Text gilt es jetzt, den Vorsprung, den Berlin in der Verkabelung vor anderen Regionen im Bundesgebiet hat, zu nutzen. Die Telekommunikation kann u.a. zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt beitragen.

Die F.D.P. begrüßt den künftigen Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern. Die Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Programmonopols fördert die Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt der Bürger.

Bei der Nutzung der neuen Programme steht für die F.D.P. die freie Entscheidung des Bürgers im Vordergrund. Jedem Anschlußzwang an ein Kabelnetz sowie jedem Antennenverbot erteilt die F.D.P. eine Absage.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß rechtliche, technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um einen möglichen Mißbrauch der im Bereich der neuen Kommunikationstechnologie anfallenden Datenbestände zu verhindern.

Die F.D.P. hält im Bereich der Kultur-, Bildungs-, und Medienpolitik insbesondere für erforderlich, daß

- die staatlichen Kultureinrichtungen die Chance erhalten, sich wie Wirtschaftsunternehmen zu organisieren,
- die Kulturszene in den Bezirken gestärkt wird, z.B. durch erhöhte Finanzausschüsse an die Kunstämter,
- die Freien Musiktheatergruppen (Neuköllner Oper, Kammer Oper Berlin) sollen kooperativ mit der Deutschen Oper Berlin eine Spielstätte für experimentelles Musiktheater erhalten (z.B. Delphi-Theater),
- verbesserte Kooperation zwischen den Staatlichen Bühnen, und den freien Gruppen insbesondere im technischen Bereich (z.B. Abgabe von nicht benötigten Kulissenmaterialien),
- die Darstellungsmöglichkeiten der bildenden Künstler und Galeristen durch Kunsttage und Kunstausstellungen verbessert werden,
- das Mäzenatentum in der Stadt durch steuerliche Anreize verstärkt wird und damit privates Enga-

gement und private Initiative mehr Möglichkeiten erhalten,

- die 750-Jahr-Feier sich auf wesentliche historische Schwerpunkte konzentriert, auch auf solche, die nicht im unmittelbaren Stadtzentrum liegen und das noch vorhandene alte Stadtbild auch im Westen der Stadt erhält,
- das Konzept für den Martin-Gropius-Bau endgültig als Kulturzentrum festgelegt wird, damit das Haus kein Vitrinenmuseum wird. Dieses Gebäude muß das belebende Zentrum zwischen dem neuen Westen und SO 36 werden und mit großen Ausstellungen zu Geschichte, Zeitgeschichte und Kunst der Gegenwart und Vergangenheit einen Anziehungspunkt bilden,
- die Universitäten und Fachhochschulen Berlins darin unterstützt werden, Stätten der Forschung und Lehre zu sein, deren einziger Leitstern Qualität heißt,
- die Identifikation aller Mitglieder mit ihrer Hochschule durch die Mitwirkungsrechte der funktionalen Gruppen gesichert wird,
- geeignete, berufserfahrene Mitbürger auch ohne Abitur zu den Hochschulen zugelassen werden,
- die musischen Fächer entsprechend ihrer Bedeutung für die bewußte Gestaltung des privaten Bereiches ausgebaut werden. Darüberhinaus ist eine Zusammenarbeit von Schulen, Musikschulen und anderen Kultureinrichtungen ernsthaft zu beginnen und zu fördern,

- den Eltern und Schülern an den Musikschulen Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden,
- weitgehend die 5-Tage-Woche an den Berliner Schulen eingeführt wird, zumindest verstärkt ein 2. schulfreier Sonnabend durch Senkung des Zustimmungsquorums von jetzt 75% auf mehr als 50% durchgesetzt wird,
- Schüler-Rückgang und Lehrer-Überhang genutzt werden, mit dem Ziel kleinere Klassen in Grundschulen und in der Mittelstufe zu ermöglichen: jeweils 15 Kinder bis zur 6. Klasse, und max 26 Schüler in den Klassenstufen bis zur 10. Klasse. Diese Maßnahme hat pädagogische Vorteile und bewahrt ferner Grundschulen vor der Schließung,
- den Schulen für neue Unterrichtsinhalte und -formen mehr Raum gegeben wird,
- die Integrationsbemühungen für die ausländischen Schüler verstärkt werden durch eine Ausdehnung des Schulversuchs Türkisch anstelle der 1. Fremdsprache, sowie durch die Übernahme des muttersprachlichen Unterrichts in staatliche Verantwortung,
- die Möglichkeit des gemeinsamen Lernens von behinderten und nichtbehinderten Kindern in allen Bezirken ausgebaut wird,
- der Ausbau des Informatikunterrichts in allen Zweigen der Oberschule zügig fortgesetzt wird,
- ein unterrichtsfreies Jahr zur Weiterbildung

(Sabbat- Jahr) eingeführt wird, das auf freiwilliger Basis durch Eigenleistung und mit Unterstützung der öffentlichen Hand eine weitere Qualifikation der Lehrer ermöglicht und den Arbeitsmarkt entlastet,

- auch Arbeitnehmer über 25 Jahre für die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen freigestellt werden,
- die neuen Medien, insbesondere die neuen Fernsehprogramme, als eine Erweiterung der Informationsmöglichkeiten betrachtet werden, die in ihnen liegenden Gefahren jedoch ernst genommen und bewußt gemacht werden,
- die medienkritische Aufklärung der Eltern über die schädlichen Folgen ungehinderten Medienkonsums intensiviert wird,
- daß pädagogische Chancen und Risiken neuer Medien durch entsprechende Modellversuche nachgewiesen werden,
- die neuen Medien eine Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten darstellen können, aber keine Zerstörungsfunktion haben dürfen,
- die Zeitungslandschaft nicht durch eine Verlagerung von weiteren Werbeanteilen auf weitere elektronische Programmanbieter beeinträchtigt wird.

## Jugend

Für die F.D.P. steht im Vordergrund immer die Idee, Jugendliche soweit wie möglich in die Lage zu versetzen, selbst Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft, in der sie nun einmal leben müssen, zu nehmen. Die Liberalen verstehen sich in allen Bereichen als "Interessenvertretung" der Jugendlichen mit dem Ziel der Sicherung von Zukunftschancen für alle.

Jugendliche bringen ein erhebliches Maß an Idealismus auf, wenn es um Fragen des Fortbestandes unserer Existenz oder des Lebens überhaupt geht. Eine glaubwürdige Politik muß sich dieser Befürchtungen annehmen und tragfähige gesellschaftliche Konzeptionen, so z.B. für die Erhaltung des Friedens, die Lösung der drängendsten Umweltprobleme und die Sicherung der informationellen Selbstbestimmung der Bürger entwickeln. Hier muß wieder deutlich gemacht werden, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindbar, sondern politisch zugunsten des einzelnen lösbar sind - und zwar durch die Liberalen.

Das alte Motto "Im Zweifel für die Freiheit" sollten wir uns gerade in diesem Zusammenhang vor Augen halten. Während der Hausbesetzungen in Berlin hat sich die F.D.P. für Geduld und Toleranz eingesetzt und bewiesen, wieviel damit erreicht werden kann. Wir müssen uns im Dialog offen halten gerade auch gegenüber den jungen Leuten, die sich nicht in das gängige Spektrum unserer Partei einordnen lassen.

In den einzelnen Lebensbereichen Jugendlicher sollten nach Auffassung der F.D.P. folgende Punkte

verwirklicht werden:

## A. Bildung

Nach liberaler Auffassung müssen der Jugend alle Möglichkeiten gegeben werden, ihr zukünftiges Leben selbst zu bestimmen und Verantwortungsbewußtsein sowohl gegenüber sich selbst wie gegenüber der Gesellschaft zu entwickeln.

Verantwortungsbewußtsein und Selbstbestimmung können aber nur erreicht werden durch eine Bildung und Erziehung, die den Einzelnen in die Lage versetzt, dogmatische Ansprüche, gleich welcher Art, als solche zu erkennen und in Frage zu stellen. Eine solche Erziehung kann ihr Ziel nur erreichen,

- wenn den Kindern und Jugendlichen in allen Altersgruppen und Lebensbereichen die Möglichkeit gegeben wird, mitzubestimmen und an demokratischen Prozessen teilzunehmen,
- wenn bereits in der Schule der Umgang mit neuen Techniken, insbesondere der Datenverarbeitung, gelehrt wird.

Es muß dafür gesorgt werden, daß auch zukünftig niemandem der Bildungsweg seiner Wahl aus materiellen Gründen versperrt wird. Hierbei gilt es auch, kleinere finanzielle Ungleichheiten auszuräumen. Wir fordern daher, daß

- Ermäßigungseinzelfahrscheine der BVG auch an Schüler der Oberstufe und Studenten ausgegeben werden.

Das zukünftige Aussehen unseres Staates wird entscheidend davon abhängen, wie es uns gelingt, das Verhältnis zur DDR und zu den in unserem Land lebenden Ausländern zu gestalten. Gegenseitiges Verständnis erfordert aber eine gut fundierte Wissensgrundlage. Insbesondere müssen politische Realitäten für junge Leute konkret erfahrbar gemacht werden. Hierfür ist es unserer Meinung nach erforderlich, daß

- die notwendigen Schritte unternommen werden, um Berlin in Abkommen über den deutsch/deutschen Jugendaustausch einzubeziehen,
- Fahrten und Tagesausflüge von Berliner Schulklassen in die DDR durch ein besonderes Programm gefordert werden,
- Türkisch als gleichberechtigte Fremdsprache für alle Schüler angeboten wird,
- Klassenfahrten und Exkursionen bevorzugt in die Heimatländer ausländischer Mitschüler unternommen werden.

## B. Arbeitswelt

Die Zukunftschancen Jugendlicher werden zur Zeit besonders durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit beeinträchtigt. Viele Probleme, wie z.B. zunehmender Rechtsextremismus, Drogenkonsum, Gewalttätigkeit und Kleinkriminalität, können zum Teil als Folgeerscheinung der Arbeitslosigkeit und der damit fehlenden Lebensperspektive interpretiert werden.

Angesichts des großen Schadens, der unserer Gesellschaft durch ein Fortbestehen dieses Zustandes zugefügt wird, ist auch die massive finanzielle Subventionierung von Ausbildungsplätzen gerechtfertigt. Zur Lösung dieses zentralen Problem es gibt es keine Patentrezepte - das Vertrauen auf die marktwirtschaftliche Ordnung mit ihren Regelungsmechanismen muß aber begleitet werden vom Mut zur Unterstützung auch unkonventioneller Lösungsansätze. In diesem Zusammenhang sind auf Berliner Ebene folgende Maßnahmen zu verwirklichen:

- Unterstützung von Betrieben, bei denen die Einrichtung von Ausbildungsplätzen erhebliche Kosten fordert, z.B. bei Handwerksbetrieben, die erstmalig Frauen ausbilden.
- Erstellung eines flächendeckenden Konzeptes, das es ermöglicht, daß Betriebe, die zu klein oder zu stark spezialisiert sind, um allein auszubilden, möglichst nahe gelegene Partner für einen Ausbildungsverbund finden können.
- Einrichtung eines "Lehrstellenbeauftragten" nach Bremer Beispiel, der im persönlichen Kontakt mit Betrieben, die nicht oder nicht mehr ausbilden, die Gründe hierfür ermittelt, um gezielt dagegen angehen zu können.
- Gezieltes Werben bei kleineren technikorientierten Unternehmern, die in Berlin erhebliche Subventionen erhalten, Auszubildene einzustellen. Gleichzeitig müssen Hilfen bereitgestellt werden, um es diesen Unternehmen zu erleichtern, die erforderlichen Genehmigungen zur Ausbildung zu erhalten.

- Neue Berufsbilder und Ausbildungsgänge in zukunftsorientierten Bereichen (Umwelttechnologie z.B.) zu entwickeln.
- Behinderungen für Frauen in sogenannten Männerberufe abzubauen.
- Einrichtung eines Programmes von Vorträgen, Seminaren und Gesprächskreisen, bei dem Jugendliche der Abgangsklassen einerseits und mittelständische Unternehmer, Handwerker usw. andererseits miteinander ins Gespräch gebracht werden. Dies könnte dazu beitragen, Verständnisschwierigkeiten zu überwinden und beiden Seiten ein Gefühl für die gegenseitigen Erwartungshaltungen zu vermitteln. Dadurch könnte zum einen die Bereitschaft, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, erhöht werden. Zum anderen könnten hier Jugendlichen, denen häufig mangelnde Beweglichkeit und Festhalten an wenigen "Traumberufen" bei der Lehrstellensuche vorgeworfen werden, neue Berufsfelder aufgezeigt und konkrete Alternativen geboten werden.

### C. Sozialer Bereich

Vielen Kindern und Jugendlichen wird schon frühzeitig durch ihre familiäre Situation der Start ins Leben erschwert. Angesichts der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen, die in ihren Familien körperlich und seelisch mißhandelt werden, ist es dringend notwendig, Möglichkeiten zu schaffen, die den Jugendlichen mehr als nur die Alternative zwischen der Gewalt in der Familie und der herkömmlichen Heimerziehung bieten können.

Wir fordern daher:

- Bevorzugte Förderung pädagogisch betreuter Jugendwohngemeinschaften gegenüber der Unterbringung in Heimen.
- Unterstützung Freier Gruppen und Arbeitsgemeinschaften, die Hilfe und Beratung für Kinder und Jugendliche anbieten.
- Die versuchsweise Einrichtung eines pädagogisch betreuten "Kinderhauses".

Ein großer Teil der Jugendlichen lehnt heute das Leben in traditionell überkommenen Formen wie der Ehe bzw. der Kleinfamilie ab. Liberale Politik muß sich dafür einsetzen, daß in unserer Gesellschaft für neue Formen des Zusammenlebens, wie sie von einem Teil der Bevölkerung gewünscht und praktiziert werden, Raum geboten wird. Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang sinnvoll sein könnten, wären:

- Einzelpersonen mit Wohnberechtigungsscheinen die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung mehrzimmriger Wohnungen zu eröffnen
- Veränderung der Richtlinien im öffentlich geförderten Wohnungsbau, so daß in diesem Rahmen auch Wohnungen für Wohngemeinschaften und Projekte, deren Ziel die Schaffung eines einheitlichen Wohn- und Arbeitsumfeldes ist, gebaut werden können.

Ein besonderes Problem für alle in der Jugendarbeit Tätigen stellen der hohe Rauschmittel- und Alkoholkonsum sowie die zunehmende Gewalttätigkeit dar.

Diese Verhaltensweisen spiegeln zum einen den Wunsch nach Flucht aus einer gesellschaftlichen Realität, die nur eingeschränkte Lebensbedingungen zu bieten scheint, wieder. Sie sind jedoch auch gleichermaßen Anzeichen für einen verzweifelten Versuch, etwas an der eigenen Situation zu ändern. Hier kann durch therapeutische und pädagogische Maßnahmen und durch den Einfluß akzeptierter Bezugspersonen Hilfe und Unterstützung geboten werden. Eine ausreichende finanzielle und personelle Absicherung der Hilfs- und Beratungseinrichtungen in Berlin muß daher auf jeden Fall gewährleistet sein.

Betroffenen-Selbsthilfe-Projekte mit fachlicher Betreuung sind in diesem Zusammenhang besonders zu unterstützen. Der Grundsatz "Therapie geht vor Strafe" muß auch weiterhin die Leitlinie staatlichen Handelns in diesem Bereich bleiben.

#### D. Freizeit

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit kommt der Freizeitarbeit ein immer höherer Stellenwert zu. Das Engagement von Jugendlichen in Freien Gruppen und Initiativen wird aus unserer Sicht daher grundsätzlich begrüßt und unterstützt.

Deshalb sollte

- die Förderung selbstverwalteter Projekte der traditionellen Jugendarbeit gleichgestellt werden,
- eine bevorzugte Förderung gemeinsamer Projekte deutscher und ausländischer Jugendlicher ange-

strebt werden,

- das Angebot der Jugendfreizeitheime daraufhin überprüft werden, daß hier besonders Anleitungen zur sinnvollen Freizeitgestaltung , Weiterbildung usw. gegeben werden,
- versucht werden, die Jugendfreizeitheime in Schulzentren wieder zu beleben und die oft sehr großzügig gehaltene Ausstattung von Schulen am Nachmittag und Abend für die freie Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.

## Verantwortung und Perspektive

Berlin soll eine liberale, tolerante, lebendige und weltoffene Metropole inmitten Europas bleiben. Nur die Freien Demokraten garantieren uneingeschränkt die Fortsetzung einer an solchen Grundsätzen ausgerichteten Politik in der Stadt. Deshalb ist die Vertretung der F.D.P. im Abgeordnetenhaus und in allen Bezirksverordnetenversammlungen nicht ausschließlich eine Frage des Parteiinteresses. Je stärker die Freien Demokraten parlamentarisch vertreten sind, desto stärker kann die Stadt liberal geprägt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen der CDU und der F.D.P. hat sich seit 1981 in fairer Partnerschaft zum Wohle der Stadt bewährt. Die F.D.P. hat durch ihre Politik seit den letzten Wahlen konservative CDU-Positionen liberal korrigiert.

Die F.D.P. ist bereit, Regierungsverantwortung in einer Koalition mit der CDU nach der Wahl am 10. März 1985 zu übernehmen. Grundlage für die Koalitionsverhandlungen ist für die F.D.P. ihr liberales Wahlprogramm. Im Falle der absoluten Mehrheit einer Partei wird die F.D.P. die Rolle der parlamentarischen Opposition übernehmen.

Es ist Ziel der F.D.P. zu verhindern, daß es der AL möglich wird, die Stadt unregierbar zu machen. Zwar haben die Grünen auf einigen Gebieten Denkanstöße gegeben, dennoch darf die AL in Berlin,

- die ein ungeklärtes Verhältnis zum parlamentarischen Mehrparteiensystem hat,

- die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht ausschließt,
- die die Bindungen Berlins zum übrigen Bundesgebiet bestreitet,
- die die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin leugnet,
- die die westlichen Alliierten aus Berlin vertreiben möchte,

nicht gestaltenden Einfluß auf die Berliner Politik bekommen.

SACHWORTREGISTER	Seite
Abfall	29
Arbeit	17 ff.
Arbeitslosigkeit	18 f., 44 ff.
Arbeitsplätze	17 ff., 24, 27, 37, 41
Arbeitszeit	19, 21
Asylverfahrensrecht	14
Aufenthaltsberechtigung	14
Ausbildungsplätze	45 f.
Ausländer	1, 14, 40, 44
B 101	32
BEHALA	12
Berlinförderung	17
Berufsschiffahrt	30
Besatzungsrecht, alliiertes	13
Bildung	36ff., 43 f.
Btx	37
BVG	31, 43
BEWAG	28
Camping	32
Citybereich	26
Dachbegrünung	25
Dänische Botschaft	30
Datenschutz	14
Delphi-Theater	38
Demonstrationsstrafrecht	14
Denkmalschutz	26
Deutsche Oper Berlin	38
Deutschlandpolitik	6 f., 44
Eigenbetriebe	12, 21
Eisenbahngüterverkehr	31

Emissionsabgaben	28
Esplanade (Hotel)	30
Europäische Gemeinschaft	15
Existenzsparen	21
Fahrrad	8 f., 25
Familie	34, 46 f.
Fassadenbegrünung	25
Fehlbelegungsabgabe	34
Fernwärme	27
Flächennutzungsplan	23, 32
Frauen	14, 46 f.
Freie Gruppen	36, 38 f., 47
Freiflächen	23, 32
Freizeit	12, 27, 48 f.
Freizeitschiffahrt	30
Fünf-Tage-Woche	40
Galerien	36, 38
GASAG	28
Geburtshaus	15 f.
Gentechnologie	19
Gerichtsverfahren	13
Gesundheitswesen	12, 15 f.
Gewässerschutz	7, 29 f.
Gewerbeflächen	24
Gewerbeparks	24
Gewerkschaften	19
Gropiusbau	2, 31, 39
Grundschule	40
Grundwasser	29
Hausbesetzungen	1, 42
Heiligenseer Felder	1
Heimarbeit	19
Hofbegrünung	25

Informatikunterricht	40, 42 f.
Informationsgesellschaft	10, 14, 37 f., 42
job-sharing	19
Jugendliche	8, 42 ff.
Jugendarbeitslosigkeit	21, 44 ff.
Jugendfreizeitheime	49
Jugendwohngemeinschaften	47
Kabeltechnik	37f., 41
Kammermusiksaal	2
Katalysator	28
Kinderhaus	47
Klärwerke	29
Kommunikationstechnologien	18, 37
Kinder	15, 40, 43 ff.
Kostenmiete	33
KPM	12
Kraft-Wärme-Kopplung	27
Krankenwohnung	15
Kultur	36 ff.
Kunstämter	36, 38
Ladenschluß	21
Landesmodernisierungsprogramm	34
Lehrstellenbeauftragter	45
Luftreinhaltung	7, 27 f.
M-Bahn	31
Mäzenatentum	26, 36, 38
Medien	36 ff.
Mehrfachbesuchserlaubnis	8
Meldegesetz	14
Mieten	32 ff.
Mindestumtausch	8
Mitteleuropäische Bank	7
Mittelstufe	40

Monatsarbeitszeit	19
Motorboote	30
Musikschulen	36, 39 f.
Naherholung	24, 26 f., 29 f.
Neue Medien	19, 37 f. 41
Neuköllner Oper	38
Öffentlicher Dienst	10, 17 ff., 31 f.
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	37, 41
ÖPNV	25, 31 f.
Personalausweis	15
Polizei	15
Pressegesetz	15
Privatisierung	1, 12
Rechtspolitik	2, 12 ff.
Reiseverkehr	8
Rentenversicherung	16
Risikokapital	20 f.
Rußfilter	28
Sabbat-Jahr	41
S-Bahn	9, 31 f.
Schiffahrt	30
Schienenverkehr	9, 31
Schule	39 f., 43 f., 49
Schwarzer Kreis	34
Schwermetallbelastung	28
750-Jahr-Feier	39
Smog	28
Staatliche Bühnen	38
SO 36	30, 39
Sozialstationen	15
Sport	9
Staaken (Transitübergang)	8
Staatshaftung	14.

Stadtentwicklung	2, 23 ff.
Stickoxideleminierung	27
Stiftungslehrstühle	21
Strafvollzug	13, 48
Süd-Güterbahnhof	
Tausalz	1
Technologietransfer	20 f.
Telekommunikation	37 f., 41
Tempo 30	25, 31
Transitverkehr	8
TÜV	30
U-Bahn	31 f.
Uferschutz	30
Umweltschutz	2, 5, 7, 9, 20, 23 ff., 42
Umweltinvestitionen	17, 20 f.
Umweltzertifikate	28
Universitäten	21, 39
Verkehr	24 f., 31 f.
Vermögensbildung	21
Verwaltungsreform	1, 12
Video-Text	37
Viermächteabkommen	6
Wahlrecht	15
Wirtschaft	4, 17 ff., 24, 27 ff.
Wirtschaftsvertrag mit der DDR	7
Wirtschaftsförderung	20
Wohnberechtigungsschein	34 f., 47
Wohnungspolitik	32 ff.
Zeitungen	41
Zentraler Bereich	30